


Aktuelle Trends

Klaus Büniger

View metadata, citation and similar papers at core.ac.uk

brought to you by  CORE

provided by Research Papers in Economics

Quo vadis, Europa?

Anmerkungen zum Europäischen Rat in Nizza

Christian Dreger

Moderate Produktions- und
Beschäftigungseffekte steigender Rohölpreise

Eine Simulation mit dem
makroökonomischen Modell des IWH

Siegfried Beer

Branchenskizze:
Ostdeutsche Holzindustrie (ohne Möbelproduktion)

Brigitte Loose

IWH-Bauumfrage im September 2000

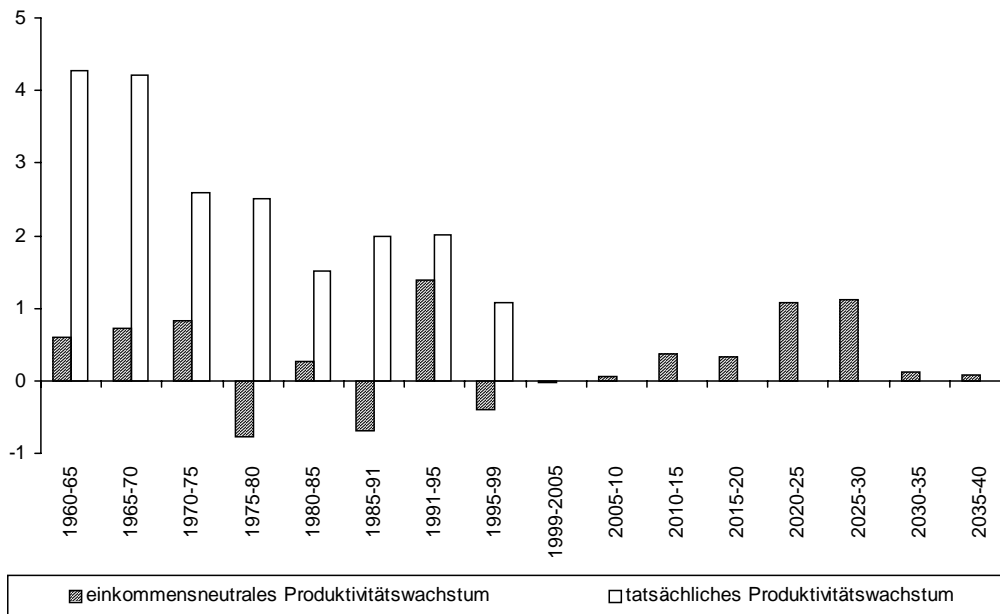
15/2000

22.11.2000, 6. Jahrgang

Aktuelle Trends

Künftige demographische Entwicklung erfordert verstärktes Produktivitätswachstum

- Einkommensneutrales^a und tatsächliches Produktivitätswachstum^b in Deutschland -



1960-1991: Werte für Westdeutschland, alte VGR, ab 1991: Werte für Gesamtdeutschland nach ESVG 1995. 1999-2040: Schätzung auf Grundlage der 9. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 1.

^a Produktivitätswachstum (Inlandskonzept), das erforderlich ist, um das Pro-Kopf-Einkommen (Inländerkonzept) auf dem Stand des Anfangsjahres der jeweiligen Periode zu halten.– ^b Jahresdurchschnittliche Veränderungen in der jeweiligen Periode.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Veränderungen in der demographischen Struktur der Bevölkerung haben zur Folge, dass Produktivitätssteigerungen (gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen) nicht unmittelbar auch zu einem entsprechenden Anstieg der Pro-Kopf-Einkommen (Bruttoinlandsprodukt je Einwohner) führen. Die Schwelle, von der an das Produktivitätswachstum mit einer Steigerung des gesamtwirtschaftlichen Pro-Kopf-Einkommens verbunden ist, hat sich – lässt man die Umbrüche in den neuen Ländern in der ersten Hälfte der neunziger Jahre einmal unberücksichtigt – in der Vergangenheit immer mehr verringert (vgl. die grauen Säulen in der Abbildung). Grund hierfür war die Tatsache, dass zunehmend geburtenstarke Jahrgänge in das Erwerbsleben eintraten. In den Jahren 1975 bis 1991 hätten zeitweilig sogar negative Produktivitätszuwachsrate noch eine Konstanz des Pro-Kopf-Einkommensniveaus ermöglicht.

Für die Zukunft ist hingegen eine Umkehr dieses Trends zu erwarten. Sinkende Geburtenraten und eine verlängerte Lebenserwartung werden unter der Annahme unveränderten Erwerbsverhaltens dazu führen, dass die berufsaktive Bevölkerung stärker schrumpft als die Gesamtbevölkerung. Allein zur Sicherung der gegenwärtigen Pro-Kopf-Einkommen wären im Durchschnitt der Jahre 2000-2040 dann Produktivitätssteigerungen von 0,4 % erforderlich; in den Jahren 2020 bis 2030, wenn die geburtenstarken Jahrgänge ins Rentenalter eintreten, wären hierfür sogar Produktivitätszuwächse von mehr als 1 % notwendig. Allgemeine Wohlstandssteigerungen in bisherigem Umfang sind unter diesen Umständen jedoch durch eine deutliche Beschleunigung des technischen Fortschritts möglich. Es ist verwunderlich, dass dieser Zusammenhang in der aktuellen Diskussion um die künftige Gestaltung der Alterssicherung keine stärkere Berücksichtigung findet.

Joachim Ragnitz (jrg@iwh-halle.de)

Quo Vadis, Europa ?

Anmerkungen zum Europäischen Rat in Nizza*

Europa braucht Reformen – institutionell, finanziell und wirtschaftlich. Es geht darum, die säkulare Herausforderung der Osterweiterung voranzubringen. Und es geht darum, den Rückstand Europas im internationalen Wachstums- und Standortwettbewerb aufzuholen und die noch junge europäische Währungsunion nach insgesamt gelungenem Start auf ein festes wirtschaftliches Fundament zu stellen. Denn letzteres ist nach Einschätzung der internationalen Kapitalmärkte offensichtlich nicht gegeben, wie die durchgreifende Schwäche des Euro an den internationalen Kapitalmärkten zeigt.

In besonderer Verantwortung ist der Europäische Rat, der sich Anfang Dezember 2000 in Nizza trifft, – ganz im Sinne des Art. 4 des EU-Vertrages, der ihm aufträgt, „der Union die für ihre Entwicklung erforderlichen Impulse (zu geben)“ und „die allgemeinen politischen Zielvorstellungen für diese Entwicklung (festzulegen)“.

Die Union erweiterungsfähig machen.

Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs ist die Osterweiterung ein Pfeiler Europäischer Politik. Sie bietet Chancen und Risiken. Insgesamt aber sind die Chancen größer. Und das gilt nicht nur hinsichtlich der positiven ökonomischen Perspektiven, die jede Öffnung wirtschaftlicher Räume mit sich bringt. Das gilt auch hinsichtlich der Sicherheitsinteressen, denn jede soziale oder politische Unruhe in einem Land Mittel- und Osteuropas strahlt auf das gesamte Europa aus – sei es durch Migration, sei es durch erhöhte Verteidigungsausgaben oder durch entgangene wirtschaftliche Chancen. Demokratie und Freiheit sind in Europa unteilbar und zieht alle in die Verantwortung mit ein, wie der Kosovokonflikt gezeigt hat. Schließlich besteht auch ein gesellschaftliches Interesse an der Integration, denn die Länder Mittel- und Osteuropas sind Teil der europäischen Identität – geographisch und kulturell.

Bei der Osterweiterung geht es nicht nur darum, die osteuropäischen Länder wirtschaftlich in den europäischen Wirtschaftsraum zu integrieren. Das

könnte man auch mittels einer Freihandelszone erreichen und man hätte all die komplizierten Fragen des Beitritts vom Tisch. Vielmehr ist sie erforderlich, um das durch den Kalten Krieg gespaltene Europa wieder zu vereinen: zu einer Wertegemeinschaft des Friedens, der Freiheit, der Demokratie und der Menschenrechte, der Stabilität und der Marktwirtschaft. Für die einzelnen Beitrittsstaaten ist der Rahmen der Europäischen Politischen Union der beste Garant für den dauerhaften Bestand dieser Wertegemeinschaft.

Auf dem Europäischen Rat von Kopenhagen (1993) wurde die Osterweiterung zum politischen Ziel der Union erklärt. Zugleich wurden politische sowie ökonomische Beitrittskriterien festgelegt. Auf dem Europäischen Rat von Luxemburg (1997) wurde beschlossen, in Beitrittsverhandlungen mit den fünf mittelosteuropäischen Ländern Estland, Polen, Slowenien Tschechische Republik, Ungarn sowie Zypern einzutreten. Und auf dem Europäischen Rat in Helsinki (1999) entschieden sich die Staats- und Regierungschefs der EU, entsprechendes auch mit den übrigen Ländern zu vereinbaren (Bulgarien, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Malta).

Fortschritte in den Beitrittsländern

Die Länder Mittel- und Osteuropas drängen verständlicherweise darauf, den Beitritt so schnell wie möglich zu vollziehen. Sie fordern vom Europäischen Rat zwar keine genauen Beitrittstermine, aber doch ein verlässliches Szenario (road map). Sie führen für ihr Drängen nachvollziehbare politische und ökonomische Gründe an. Der Beitritt aber verlangt von den Kandidatenländern tiefgreifende politische (Demokratie, Rechtsstaat, Wahrung der Menschenrechte, Achtung der Rechte von Minderheiten), ökonomische (funktionierende Marktwirtschaft, Wettbewerbsfähigkeit im EU-Binnenmarkt, Übernahme des Acquis – also des EU-Rechtsrahmens) und institutionelle Reformen (Aufbau von Verwaltungskapazitäten, Rechtsprechung). Geschwindigkeit und Qualität des Beitritts müssen deshalb in einem ausgewogenem Verhältnis zueinander stehen. Er muß zwar zügig erfolgen. Aber ein zu

* Der Verfasser dieses Gastbeitrages war bis 1998 Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft.

schneller Beitritt würde zum einen die Wirtschaft der Beitrittsländer überfordern. Auch würde er die Funktion der Union z. B. im Binnenmarkt stören können.¹ Die neuen Fortschrittsberichte der Kommission zeigen allerdings, dass zwar noch weitere Anstrengungen erforderlich sind, aber insbesondere die Länder der ersten Gruppe, die Luxemburggruppe, erhebliche Fortschritte zu verzeichnen haben.

Nicht nur müssen die Länder Mittel- und Osteuropas beitragsfähig werden, gefordert ist ebenso die Europäische Union. Denn zum jetzigen Zeitpunkt ist sie weder institutionell noch finanziell erweiterungsfähig.

Institutionell arbeitet die EU im Prinzip noch heute mit den Strukturen und Entscheidungsprozeduren, die sie sich bei ihrer Gründung im Jahre 1958 gab. Mit 25 oder 27 Mitgliedern können diese Strukturen nicht mehr funktionieren. Europa würde entscheidungs- und politikunfähig. Das hätte unweigerlich auch Rückwirkungen auf die ökonomische Entwicklung. Eine neue Art der Eurosklerose wie Ende der 70er Jahre wäre die Folge. Europa fiel im weltweiten Wachstums- und Standortwettbewerb weiter zurück. Die Arbeitslosenproblematik würde sich verschärfen. Und wahrscheinlich wäre auch die Währungsunion gefährdet – ein düsteres Szenario: ökonomisch und politisch. Die institutionellen Reformen sind deshalb eine *conditio sine qua non* für die Erweiterung.

Die „left overs“ von Amsterdam

Eben diese institutionellen Reformen stehen beim kommenden Europäischen Rat in Nizza im Zentrum. Es geht zum einen um die Ausweitung der Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit, denn mit zunehmender Heterogenität durch mehr Mitgliedsländer und bei wachsenden Interessengegensätzen sind Einstimmigkeitsentscheidungen kaum noch darzustellen oder führen zu unsinnigen Paketbildungen. Gleichzeitig sind damit aber auch Fragen der nationalen Souveränität aufgeworfen. Es geht zweitens um Struktur und Größe der Kommission, denn eine Ausweitung der Mitgliederzahl, die nach den bisherigen Besetzungsregeln erfolgte, wirft vielfältige Kompetenz und arbeits-

organisatorische Probleme auf. Man könnte sogar fragen, ob nicht schon die jetzige Kommission mit 20 Mitgliedern zu groß ist. Auch hier sind vielfältige Interessen vor allem der kleinen Länder berührt; denn in der Konsequenz bedeutet die Beschränkung der Größe der Kommission, dass nicht mehr alle Länder über einen Sitz in der Kommission verfügten. Drittens geht es um eine neue Stimmengewichtung im Europäischen Ministerrat, bei der die Bevölkerungszahl der Mitgliedsländer stärker zum Ausdruck kommt (doppelte Mehrheit oder Neuwägung der Stimmen). Dabei müssen die Gewichte zwischen kleinen und großen Staaten neu austariert werden, nicht zuletzt auch um das Demokratiedefizit in der EU nicht noch zu vergrößern.

Diese Themen, die schon beim Europäischen Rat in Amsterdam (1997) zur Diskussion standen und die verniedlichend deshalb als „left overs“ von Amsterdam bezeichnet werden, bergen außerordentlichen Konfliktstoff. Zur Debatte steht ein neues Machtgleichgewicht innerhalb der Union – zwischen den Institutionen, zwischen den kleinen und den großen Ländern, zwischen den Nationalstaaten und der Gemeinschaft. Aber trotz aller Schwierigkeiten gilt: Der Europäische Rat muss die Regierungskonferenz jetzt erfolgreich zu Ende bringen. Nur so kann er sein Versprechen einhalten, ab dem Jahre 2003 die Voraussetzungen für die Erweiterung geschaffen zu haben. Jedes andere Ergebnis wäre ein enttäuschendes Signal für die Beitrittsländer und ließe Zweifel an der Entscheidungsfähigkeit der EU aufkommen.

Nach einer Einigung über die „left overs“ von Amsterdam bleibt immer noch die Frage der europäischen Finalität offen, mit der sich u. a. der französische Staatspräsident und der deutsche Außenminister in diesem Sommer in ihren Berliner Reden² auseinandergesetzt haben. Es geht vor allem um die künftige Integrationsstrategie, um die Fragen der flexiblen Integration oder der sog. „verstärkten Zusammenarbeit“ gemäß des in den Amsterdamer EU-Vertrag neu eingeführten Artikels 43. Sie soll es in der erweiterten und damit zwangsläufig heterogeneren Union einer Gruppe von Ländern, die es will, leichter machen, in der Integration schneller und tiefer voranzugehen. Das

¹ Vgl. hierzu auch BRÜGGEMANN A.; KÄMPFE, M.: EU-Osterweiterung: Qualität hat Vorrang vor Geschwindigkeit, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 7/2000, S. 210 ff.

² Abgedruckt u. a. in: Internationale Politik, 8/2000, S. 100 ff. bzw. S. 126 ff.

soll künftig nicht mehr Einstimmigkeit voraussetzen, sondern mit qualifizierter Mehrheit bei einer Mindestbeteiligung von Mitgliedsländern möglich sein. Die Regierungschefs haben sich für Nizza vorgenommen, die vertraglichen Voraussetzungen für eine so konzipierte verstärkte Zusammenarbeit zu schaffen.

Zur Diskussion stehen weiter die Fragen einer europäischen Verfassung und die Behandlung der Grundrechtscharta, die in Nizza in einer feierliche Erklärung proklamiert werden soll. Hinzukommen die Fragen der Subsidiarität und der Kompetenzabgrenzung sowie der Neuordnung der Verträge. Diese weit in die Zukunft weisenden Themen sind politisch noch keineswegs ausdiskutiert. Die „left overs“ von Nizza und damit eine weitere Regierungskonferenz in naher Zukunft scheinen damit schon heute weitgehend festzustehen. Die dann zu lösenden Fragen und Konflikte sind im Zweifel noch komplizierter und gravierender als die jetzt anstehenden Entscheidungen.

Nachbesserung bei der Agenda 2000

Mit der Agenda 2000 und der mit ihr beschlossenen „Finanziellen Vorausschau“ bis zum Jahre 2006, über die auf dem Europäischen Rat in Berlin (1999) Einigung erzielt wurde, wollte der Rat die Union auch finanziell für die Aufnahme neuer Mitglieder rüsten. Das aber ist nur teilweise gelungen.³

Im Agrarbereich wurden mit der Agenda 2000 die Stützpreise vor allem für Getreide und Rindfleisch gesenkt. Das war ein Schritt in die richtige Richtung. Er führt dazu, dass sich in diesen Bereichen die Agrarwirtschaft stärker den Marktbedingungen annähert. Problematisch ist jedoch, dass in anderen Bereichen nur wenig oder gar nichts geschah (Milch und Zucker). Problematisch ist auch, dass die politisch wohl unabdingbaren Kompensationszahlungen nach wie vor von der Produktion oder der Fläche abhängig sind. Fatal wäre es, wenn die Interventions- und Kompensationssysteme mit ihren Anreizen zur Fehlallokation auf die Bei-

trittsländer ausgedehnt würden. Die Osterweiterung setzt deshalb weitergehende Reformen voraus, die sich allerdings angesichts der politischen Problematik wohl nur auf der Zeitachse verwirklichen lassen werden. Leitlinie muss die Orientierung an den Marktbedingungen und die Abkopplung der Kompensationszahlungen von der Produktion sein. Je stärker von dieser Linie abgewichen wird, desto schwieriger werden die Verhandlungen und desto teurer wird der Beitritt.

Auch in der Strukturpolitik muss die EU finanziell noch nachbessern. Es mag zutreffen, dass je nach der Zahl der Beitritte bis zum Jahre 2006 die Mittel für die Strukturfonds, die die „Finanzielle Vorausschau“ für die neuen Mitgliedsländer vorsieht, ausreichen werden. Aber Probleme wird es für die Zeit danach geben, denn am Ende des Planungszeitraums sind lediglich 30% der Mittel für die Beitrittsländer vorgesehen. Schon dies bedeutete für die Zeit danach eine Aufstockung der Mittel oder aber eine Kürzung bei den bisherigen Empfängern von Strukturfondsmitteln. Zudem würde ein Anteil von 30% an den Fördermitteln für die Beitrittsländer bedeuten, dass das Förderniveau in den Beitrittsländern deutlich niedriger wäre als bei den bisherigen Empfängerländern. Verteilungskonflikte – und mithin Reformbedarf – sind also vorprogrammiert.

Die notwendigen weiteren Reformen der EU-Agrar- und Strukturpolitik sind kein Thema, das den Rat in Nizza belasten muss. Die Dinge können auch später angegangen werden. Wichtig aber ist, dass sich das Bewusstsein herausbildet, dass hier noch mehr geschehen muss und dafür rechtzeitig vor den ersten Beitritten die Weichen gestellt werden müssen.

Der Euro – ein Problem für die Wirtschaftspolitik

Die französische Präsidentschaft⁴ hat sich für ihre Amtszeit neben dem Thema der institutionellen Reformen u. a. den Schwerpunkt „Modernisierung der Wirtschaft und sozialer Zusammenhalt“ gesetzt:

Wenngleich abzusehen ist, dass der thematische Schwerpunkt in Nizza nicht bei den wirtschaftspolitischen Fragen liegt, weil die Staats- und Regie-

³ Vgl. STEHN, J.: Agenda 2000. Overture oder Finale der Reformen im Zuge der EU-Osterweiterung?, in Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 336. Institut für Weltwirtschaft, März 1999. – Vgl. auch KRONBERGER KREIS: Osterweiterung der Europäischen Union. Als Chance zur Reform begreifen. Schriftenreihe des Frankfurter Institut, Stiftung Marktwirtschaft und Politik, Band 33, S. 37 ff.

⁴ Französischer Vorsitz der Europäischen Union, 1. Juli bis 31. Dezember 2000, Arbeitsprogramm, S. 2.

rungschefs von den institutionellen Fragen voll beansprucht werden, und weil dafür der nächste reguläre Europäische Rat in Stockholm unter schwedischer Präsidentschaft vorgesehen ist,⁵ wird der Rat nicht umhinkommen, sich mit wirtschaftspolitischen Fragen zu befassen. Formeller Anlass ist, dass die „Beschäftigungspolitischen Leitlinien“ für das Jahr 2001 von der Kommission dem Europäischen Rat präsentiert werden. Sie zählen immerhin nach Einschätzung des Europäischen Rates zum Kern einer „koordinierten Strategie für Beschäftigung“.⁶ Viel wichtiger aber ist die tiefgreifende Schwäche des Euro. Immerhin hat sich der Euro gegenüber dem US-Dollar seit Beginn der Europäischen Währungsunion um fast 30 % abgewertet.

Ein schwacher Euro ist kein Nutzen, sondern ein Schaden für die Euroländer. Zwar verbilligen sich die Ausfuhren aus dem Euroraum. Das bringt konjunkturelle Impulse, wie die wirtschaftliche Entwicklung in den Euroländern zeigt. Aber dem steht gegenüber, dass sich die Terms of Trade verschlechtern, was die binnenwirtschaftlichen Verteilungsspielräume einengt und die Lohnfindung erschwert. Dem stehen die unmittelbaren Preiseffekte aufgrund der Verteuerung der Importe gegenüber. Am Ölpreis wird dies für jedermann unmittelbar spürbar. Aus derartigen Preiseffekten können Sekundäreffekte entstehen, z. B. in Form von Forderungen nach höheren Löhnen. Politisch von erheblicher Bedeutung ist, dass der Druck zu gerade jetzt nötigen strukturellen Reformen abnimmt. Hinzukommen schließlich noch die Kapitalmarkteffekte. Denn der schwache Euro ist Ausdruck dafür, dass sich das Kapital von Europa abwendet, weil es anderswo günstigere Anlagemöglichkeiten sieht. Europa braucht aus all diesen Gründen einen starken Euro.

Über alles dies können die Staats- und Regierungschefs nicht zur Tagesordnung übergehen. Es ist ihre Aufgabe, Schaden vom Euroland abzuwenden. Der schon erwähnte Art. 4 des EU-Vertrages,

der ihnen die Leitlinienkompetenz zuspricht, muss auch in diesem Sinne interpretiert werden.

Es geht nicht darum, dass sich die Staats- und Regierungschefs in die Geschäfte der Notenbank einmischen. Das setzte die Notenbank unter politischen Druck und stellte ihre Unabhängigkeit in Frage, wäre ordnungspolitisch unakzeptabel und in hohem Maße kontraproduktiv. Es geht um Wirtschaftspolitik.

Was den Euro stark macht

Denn eine Währung ist stark und genießt Vertrauen auf den internationalen Kapitalmärkten zum einen dann, wenn sie nachhaltig bewiesen hat, dass sie stabil ist. Die Chance dieses Nachweises hat der Euro in der kurzen Zeit seines Bestehens noch nicht gehabt. Von daher muss sich die Europäische Zentralbank noch ständig um Vertrauen bemühen. Aber das institutionelle Gefüge garantiert ihre Unabhängigkeit, soweit das überhaupt geht. Ihre Aufgabenstellung ist klar auf Sicherung der inneren Preisstabilität gerichtet. Technisch hat die Einführung des Euros problemlos funktioniert. Und es besteht bei aller Irritation über das Zweisäulenkonzept und über das Überschießen der Geldmenge über den selbst gesetzten Zielpfad kein Zweifel daran, dass sie ihre Verantwortung ernst nimmt.⁷ Bisher ist ihr die Wahrung der Preisstabilität in schwieriger Zeit (Anstieg der Energiepreise) auch weitgehend gelungen, wenn auch die Preisentwicklung aktuell über dem selbstgesetzten Stabilitätsziel liegt und in einigen Regionen von Euroland Anlass zur Sorge besteht.

Vertrauen genießt eine Währung zweitens, wenn die Finanzpolitik im Währungsraum solide ist. Dieses Ziel war beim Start des Euros trotz aller bis dahin erzielten Fortschritte nicht vollständig erreicht und ist immer noch nicht voll umgesetzt. So sah sich die Deutsche Bundesbank 1998 aufgerufen, in ihrer Stellungnahme zur Konvergenzlage der Mitgliedstaaten vor Beginn der Währungsunion darauf hinzuweisen, dass „nach wie vor in

⁵ Vgl. den Beschluss des Europäischen Rates von Lissabon (2000), künftig regelmäßig auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates wirtschafts- und sozialpolitische Fragen in den Vordergrund zu stellen.

⁶ Vgl. Sondertagung des Europäischen Rates über Beschäftigungsfragen, Luxemburg, 20/21. November 1997, Schlussfolgerungen des Vorsitizes.

⁷ In der Diskussion über die Euroschwäche, die die Europäische Zentralbank nicht von der Kritik ausnimmt, setzt sich die Erkenntnis durch, dass die EZB mit der Entwicklung noch am wenigsten zu tun hat. Das gilt vor allem in der längerfristigen Perspektive. Für eine knappe, aktuelle Darstellung vgl. SCHARRER, H.-E.: Reasons for the Weak Euro, in: HWWA, Intereconomics, H. 5, Vol. 35 (2000), S. 205 ff.

einigen Mitgliedstaaten erhebliche Konvergenzmängel auf dem Gebiet der öffentlichen Finanzen (bestehen)“. Für die absehbaren Zukunftsbelastungen werde außerdem noch nicht überall hinreichend Vorsorge getroffen. Die hohe Staatsverschuldung stelle in einer Reihe von Ländern eine große Belastung dar; das gelte insbesondere für Belgien und Italien. Die hohe Staatsverschuldung komme leicht in Konflikt mit der Geldpolitik und stelle „insofern eine Hypothek und ein Risiko für die künftige Stabilitätspolitik dar“.⁸ Für weitere finanzpolitische Irritationen sorgte dann vor allem, dass der EcoFinRat im Frühjahr 1999 eine Erhöhung des Defizitziels Italiens als im Einklang mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt sah, obwohl Senkung angesagt gewesen wäre. Und aktuell hält es der Rat (EcoFin) in seinen „Grundzügen der Wirtschaftspolitik“ für das Jahr 2000 vom 19. Juni d. J. für erforderlich, darauf hinzuweisen:⁹ „Da die Haushaltsprognosen keine Verbesserung der konjunkturbereinigten Haushaltspositionen für die EU als Ganzes anzeigen, besteht Einvernehmen darüber, dass die Haushaltskonsolidierung beschleunigt werden muss.“

Vertrauen auf den internationalen Kapitalmärkten genießt schließlich eine Währung dann, wenn sie auf eine starke und nachhaltig dynamische Wirtschaft gegründet ist, auf eine Wirtschaft, die im internationalen Wachstums- und Standortwettbewerb vorne ist. Hier liegt das eigentliche Problem des Euro, ganz gleich, ob er nun kurzfristig nach Meinung von Experten unterbewertet ist oder nicht.

Die konjunkturelle Lage sieht – für sich genommen – recht günstig aus. Die jüngste Gemeinschaftsdiagnose der großen Wirtschaftsforschungsinstitute¹⁰ veranschlagt das Wachstum im Euroraum für dieses Jahr auf 3,3 % (nach 2,4 % im Jahre 1999). Und für das kommende Jahr rechnen sie

damit, dass die jetzt lebhaftere Konjunktur in Europa zwar an Schwung verliert, aber sich immer noch ein Wachstum von 2,8 % ergibt. Die Beschäftigung wird weiter zunehmen und die Arbeitslosenquote im nächsten Jahr auf gut 8 % sinken (nach 9,9 % im Jahre 1999 und 9,0 % im Jahre 2000). Der Preisanstieg wird moderat bleiben, wenn auch etwas über der von der Europäischen Zentralbank als tolerabel angesehenen Rate von 2% liegen.

Nachholbedarf im Standort- und Wachstumswettbewerb

Die wirtschaftspolitische Problematik jedoch zeigt sich in der längerfristigen Perspektive und im Vergleich mit den USA:

In den vergangenen fünf Jahren wuchs die Wirtschaft in den USA mit Raten von 4 % bis gut 5 % – und dies bei bemerkenswerter Stabilität des Preisniveaus.¹¹ Für das kommende Jahr wird zwar mit einer Abflachung des Wachstums gerechnet, aber immer noch eine Rate von über 3 % veranschlagt. Für den Euroraum ergaben sich dazu im Vergleich Wachstumsraten, die zwischen 1½ % und 3 % (2000) liegen. Schwach ist vor allem das aktuelle Potentialwachstum, das als Indikator für die mittelfristigen Wachstumsmöglichkeiten gewertet werden kann. Die Europäische Zentralbank veranschlagt es auf 2 % bis 2½ %.¹²

In den USA stiegen die privaten Bruttoanlageinvestitionen in der Größenordnung von 8,5 % bis knapp 12 %. Im Euroraum beliefen sich die entsprechenden Raten auf rd. 1 % (1996) bis gut 5 % (1999). Diese Zahlen zeigen, dass im Vergleich zu den USA in Europa der Wachstumsmotor, den die Investitionen darstellen, stottert. In einer Phase des Strukturumbruchs, der von der Globalisierung und den neuen Informations- und Kommunikationstechniken ausgeht, ist dies besonders problematisch.

In den USA weist der Finanzierungssaldo des Staates seit einigen Jahren Überschüsse aus. Im Euroraum besteht – wie erwähnt – Anlass, „die

⁸ Vgl. DEUTSCHE BUNDESBANK: Monatbericht April 1998, S. 38 f.

⁹ Vgl. RAT DER EUROPÄISCHEN UNION: Grundzüge der Wirtschaftspolitik 2000. Empfehlung des Rates vom 19. Juni 2000 für die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft. Santa Maria da Feira, 19. Juni 2000, S. Ziff. 3.2.

¹⁰ Vgl. ARBEITSGEMEINSCHAFT DEUTSCHER WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHER FORSCHUNGsinSTITUTE E.V.: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2000, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 14/2000, Tabelle 1.3, S. 398.

¹¹ In diesem Jahr liegt die Inflationsrate allerdings bei über 3 %. Zur Beschleunigung des Preisanstiegs beigetragen haben vor allem die gestiegenen Ölpreise.

¹² Vgl. EUROPÄISCHE ZENTRALBANK: Potentialwachstum und Produktionslücke: Begriffsabgrenzung, Anwendungsbereiche und Schätzergebnisse. Monatsbericht Oktober 2000, S. 39 ff.

Beschleunigung des laufenden Prozesses der Haushaltskonsolidierung anzunehmen.“¹³

Die USA verzeichneten in den neunziger Jahren ein dynamisches Beschäftigungswachstum bei hoch flexiblen Arbeitsmärkten. Inzwischen herrscht praktisch Vollbeschäftigung. In Europa dagegen, so hält der Rat der Union in seinen Grundzügen der Wirtschaftspolitik für das Jahr 2000 fest, „waren die wirtschaftlichen Ergebnisse der Europäischen Union in den 90er Jahren sowohl im Vergleich zu früheren Jahren als auch zu den Vereinigten Staaten enttäuschend.“ Und weiter heißt es: „...unter dem Strich entstanden keine zusätzlichen Arbeitsplätze, und die gegenwärtige Arbeitslosenquote ist immer noch höher als zu Beginn des Jahrzehnts.“¹⁴

Im Ergebnis zeigt dieser Vergleich, dass Europa erhebliche vor allem wirtschaftspolitische Hausaufgaben zu erledigen hat. Die Euroschwäche ist lediglich die gelbe Karte, die die internationalen Kapitalmärkte den Wirtschaftspolitikern in Europa zeigen.

In der Europäischen Währungsunion ist die Geldpolitik zentralisiert. Die Wirtschaftspolitik dagegen ist (weitgehend) in nationaler Verantwortung verblieben – „eine historisch nie dagewesene Asymmetrie“.¹⁵ Sie ist Ausdruck der Tatsache, dass die Europäische Union doch nur eine sehr rudimentäre politische Union ist. Diese Asymmetrie wird noch geraume Zeit andauern. Denn eine politische Union setzte eine weitgehende Aufgabe nationaler Souveränitätsrechte voraus. Dazu aber ist bei den Mitgliedsländern der politische Wille, wenn überhaupt, nur in begrenztem Maße vorhanden.

Für die Wirtschaftspolitik in Europa muss das grundsätzliche kein Nachteil sein. Denn der Grundsatz der nationalen Zuständigkeit bedeutet Wettbewerb – ganz im Sinne Hayek's als Verfahren zur Entdeckung der günstigsten Wachstums-, Investitions- und Beschäftigungsbedingungen. Das Prinzip der dezentralen wirtschaftspolitischen Kompetenz leitet sich zudem unmittelbar aus dem im Vertrag festgehaltenen Subsidiaritätsprinzip ab (Art. 5).

Gleichwohl ist es erforderlich, dass sich die Mitgliedstaaten auf einen gemeinsamen wirtschafts-

politischen Rahmen verständigen. Gerade in der Währungsunion sind die teilnehmenden Länder auf „Gedeih und Verderb“ miteinander verbunden – wie es die Deutsche Bundesbank einmal ausdrückte.¹⁶ Maßnahmen der Finanz-, Wirtschafts-, Struktur- oder Sozialpolitik eines Landes strahlen auf die wirtschaftlichen, finanziellen oder währungspolitischen Bedingungen der Partnerstaaten aus (externe Effekte). Das gilt für den integrierten Binnenmarkt. Das Prinzip der Koordinierung ist deshalb schon immer im EG-Vertrag verankert gewesen. Das gilt aber ganz besonders in der Währungsunion. Mit ihrem Beginn wurden die wirtschaftspolitischen Koordinierungsanstrengungen deutlich verstärkt.

Wirtschaftliche Reformen für mehr Wachstum, Flexibilität und Anpassung

Die entscheidende Frage der wirtschaftspolitischen Koordinierung ist: Wie kommt Europa auf einen höheren, nichtinflationären Wachstumspfad, wie beschleunigt man die strukturelle Anpassung?

Die Antwort wird seit Jahren von den Internationalen Organisationen wie IWF oder OECD gegeben, vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung oder von den Wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten. In knapper Form lautet sie:

- Stabile Preise und solide Staatsfinanzen, Steuersenkung und Ausgabendisziplin
- Stärkung der Investitionen und des technischen Fortschritts
- Offene und flexible Güter- und Kapitalmärkte sowie Stärkung des Wettbewerbs
- Abbau von Bürokratie und Staatsintervention
- Deregulierung, Flexibilisierung und Differenzierung vor allem auf den Arbeitsmärkten
- Reformen der Ausbildungs- und Bildungssysteme
- Reformen in den sozialen Sicherheits- und Gesundheitssystemen

Zwiespältige Koordinierungsergebnisse

Ein Blick auf die Koordinierungsergebnisse in der Europäischen Union ergibt unter solchen ord-

¹³ Vgl. Grundzüge der Wirtschaftspolitik 2000, a. a. O. Ziff. 3.2.

¹⁴ Vgl. Grundzüge der Wirtschaftspolitik 2000, a. a. O., Ziff. 2.1.

¹⁵ Vgl. ISSING, O.: Europa braucht eine tragfähige politische Struktur. Financial Times Deutschland, Hamburg, vom 15. September 2000, abgedruckt in Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 44, 15.09.2000, S. 13.

¹⁶ Vgl. DEUTSCHE BUNDESBANK: Stellungnahme der Deutschen Bundesbank zur Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion, Monatsbericht Oktober 1990, S. 41 ff.

nungspolitischen Aspekten jedoch ein zwiespältiges Urteil.

Positiv zu werten ist die klare Verpflichtung der Geldpolitik auf Preisstabilität. Anlass zu Befürchtungen gab allerdings die französische Präsidentschaft mit ihrer Forderung, dem „währungspolitischen Pol“ einen „wirtschaftlichen Pol“ gegenüberzustellen, die Eurogruppe zu stärken und „unter Achtung der Vorrechte des Rates der Wirtschafts- und Finanzminister“ den Dialog mit der Europäischen Zentralbank zu führen.¹⁷ Zwischenzeitlich hat der französische Finanzminister Fabius allerdings auf diese Forderungen verzichtet.¹⁸ So wenig präzise und interpretationsfähig diese Worte sind, so nähren sie doch den Verdacht, dass Grundfragen der Unabhängigkeit der Notenbank berührt sind. Ihre Wirkung auf die Devisenmärkte dürften sie gehabt haben.

Positiv zu werten ist, dass die Grundzüge der Wirtschaftspolitik 2000, die „das Hauptinstrument der wirtschaftspolitischen Koordinierung darstellen“¹⁹ sollen,

- eine beschleunigte Haushaltskonsolidierung, und zwar durch Ausgabendisziplin, durch Staatsausgabenumschichtung, durch Reform der Sozialsysteme, sowie
- eine differenzierte, an den regionalen oder qualifikationsbedingten Produktivitätsunterschieden orientierte Lohnpolitik fordern.

Positiv zu werten ist auch die auf Erhaltung und Stärkung des Wettbewerbs gerichtete europäische Kartell-, Fusions- und Beihilfekontrolle, wenn auch der mit der Modernisierung der Vorschriften zur Anwendung der Wettbewerbsartikel des Vertrages vorgesehene de facto Wechsel vom Erlaubnisvorbehalt zur Legalausnahme von Kartellen²⁰, sowie die Forderungen der Kommission nach Ab-

schaffung der parallelen Anwendung nationalen Wettbewerbsrechts und nach umfassender Ermächtigung zum Erlass von Gruppenfreistellungen problematisch sind.

Ebenso auf der Positivliste der europäischen Ordnungspolitik steht die Initiative der Kommission, die sog. öffentliche Daseinsvorsorge dem Wettbewerbsrecht zu unterstellen.^{21,22} Zur Diskussion gestellt werden vor allem Bereiche, in denen Dienstleistungen dieser sog. Daseinsvorsorge in wirtschaftlicher Betätigung angeboten werden. Das Themenfeld ist weit und reicht vom öffentlichen Nahverkehr bis zum Rundfunk, von den Universaldiensten von Post und Telekommunikation bis zu den Sparkassen und Landesbanken. Es handelt sich hier vor allem in Frankreich (*service public*) und in Deutschland um politisch sehr sensible Themen. Es ist zu hoffen, dass diese wettbewerbspolitische Initiative der Kommission nicht durch die Regierungschefs konterkariert wird.

Unter ordnungspolitischen Aspekten von besonderer Wichtigkeit ist die Frage der Offenheit und Flexibilität der Güter- und Kapitalmärkte, vor allem der Arbeitsmärkte.

Mehr Flexibilität und Anpassung ist nicht nur in Hinblick auf die Gewinnung eines steileren Wachstumspfad es gefordert. Die Prinzipien gelten auch und besonders in Hinblick auf den dauerhaften Erfolg der Währungsunion. Denn in ihr steht der Wechselkurs als Instrument des Abfederns von asymmetrischen Schocks und des Ausgleichs für unterschiedliche nominale und reale Entwicklungen nicht mehr zur Verfügung. Diese Funktion muss deshalb von den Güter-, Kapital- und Arbeitsmärkten übernommen werden. Je flexibler diese Märkte reagieren, desto fester ist das Fundament der Währungsunion. Umgekehrt gilt, dass Inflexibilitäten zu wirtschaftlichen und letztlich auch politischen Spannungen im Raum der Währungsunion führen können, weil es dann für Veränderungen der Wettbewerbsfähigkeit von Regionen oder Ländern zueinander keinen oder nur unzureichende Ausgleichsmechanismen gibt mit der Folge, dass dies zu regionalen Ungleichgewichten

¹⁷ Vgl. Französischer Vorsitz der Europäischen Union, 1. Juli bis 31. Dezember 2000, Arbeitsprogramm, Ziff. I.1.

¹⁸ Meldung des Handelsblatts vom 27./28.10.2000, S.1.

¹⁹ Vgl. Europäischer Rat (Luxemburg), 12. und 13. Dezember 1997, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Anlage I, Ziff. 6.

²⁰ Durch einen solchen Wechsel würde Kartellen eine ordnungspolitische Toleranz zukommen, die marktwirtschaftlichen Prinzipien entgegensteht. Vgl. WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT BEIM BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND TECHNOLOGIE: Reform der europäischen Kartellpolitik. Gutachten vom 1. Juli 2000, sowie MÖSCHEL, W.: Europäische Wettbewerbspolitik auf Abwegen, in HWWA, Wirtschaftsdienst 8/1999, S. 504 ff.

²¹ Vgl. MITTEILUNG DER KOMMISSION: Leistungen der Daseinsvorsorge in Europa, KOM (2000) 582.

²² Vgl. BASEDOW, J.: Altmodisch und ideologisch aufgeladen. Handelsblatt, 17.10.2000, S. 53.

in der Entwicklung vor allem der Arbeitsmärkte führt.

Was die Güter- und Kapitalmärkte Europas angeht, so kommt der Entwicklung des Binnenmarktes herausragende Bedeutung zu. Hier kann die Europäische Union auf erhebliche Erfolge zurückblicken, auch wenn noch mehr erforderlich ist, zumal im Zuge der Globalisierung und des technischen Fortschritts ständiger Strukturanpassungsbedarf besteht. Reformen der letzten Jahre wurden vor allem bei der Einführung von Wettbewerb in Netzwerkstrukturen erzielt. Besonders hervorzuheben sind die Bereiche Telekommunikation oder Elektrizität. In einzelnen Ländern allerdings kommt die Energiemarktliberalisierung nicht voran. Verspannungen gibt es beim Abbau der Subventionen, im Post- und Verkehrsbereich oder im öffentlichen Auftragswesen. Auf den Gasmärkten steht die Liberalisierung erst am Beginn. Zu Recht weisen Rat und Kommission in ihren „Grundzügen der Wirtschaftspolitik“ darauf hin.²³ Ein Rückschlag schließlich bedeutete die unterschiedliche Reaktion der EU-Länder auf die Ölpreissteigerungen. In der Währungsunion sorgen solche Politikdifferenzen zu Wettbewerbsverzerrungen, die den Prinzipien des Binnenmarktes entgegenstehen.

Problematisch ist die Lage vor allem an den meisten europäischen Arbeitsmärkten – und zwar schon seit langem. Sie sind durch erhebliche Rigiditäten und Verkrustungen gekennzeichnet. Bereits 1994 hat z. B. die OECD²⁴ in ihrer umfassenden Job-Studie die Problematik analysiert. Und kürzlich hat sich die Europäische Zentralbank des Themas angenommen.²⁵ Sie kommt zu dem Ergebnis, dass die unbefriedigende Entwicklung vor allem auf strukturelle Faktoren zurückzuführen ist, wozu sie fehlende Arbeitsanreize, zu hohe Arbeitskosten, mangelnde qualifikationsbedingte oder geographische Übereinstimmung von Arbeitsangebot und -nachfrage (Mismatch), staatliche Regelungen und langanhaltenden Ausschluss aus dem Erwerbsleben zählt. Und sie kommt zu der nicht überraschenden Schlussfolgerung, dass weitere um-

fangreiche strukturelle Verbesserungen der Funktionsweise des Arbeitsmarktes erforderlich sind, um einen wesentlichen und nachhaltigen Rückgang der Arbeitslosigkeit im Eurowährungsgebiet zu gewährleisten. Die Politik allerdings beschließt häufig gerade das Gegenteil des Notwendigen. Beispiele dafür sind die Einführung der 35-Stundenwoche in Frankreich oder das Zurückdrehen arbeitsmarktpolitischer Reformen in Deutschland sowie die dort beabsichtigten neuen Regulierungen für den Arbeitsmarkt.²⁶

Auch die europäischen „Beschäftigungspolitischen Leitlinien“²⁷ für das Jahr 2001 sind unter Flexibilitätsaspekten unzureichend. Sie setzen das Schwergewicht auf arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die zwar temporär Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt abfedern können, jedoch keine nachhaltige Besserung bewirken, ja sogar kontraproduktiv wirken können.²⁸ Ebenso enthalten diese Leitlinien Empfehlungen für Arbeitszeitverkürzungen oder den Abbau von Überstunden. Nicht der Problematik angemessen sind auch die Ideen für eine Gemeinschaftskompetenz in der Beschäftigungspolitik, wie sie im Beschäftigungskapitel des Amsterdamer Vertrages zum Ausdruck kommen und auf dem Europäischen Rat in Köln (1999) mit dem Beschäftigungspakt noch weiterentwickelt wurden. Entsprechend den strukturellen Problemen müssen die Verantwortungen zugewiesen werden, d. h. dezentral. Die Zuweisung beschäftigungspolitischer Kompetenz an die Zentralebene würde demgegenüber den Wettbewerb der Ordnungssysteme schwächen, den differenzierten Bedingungen in den verschiedenen Ländern nicht Rechnung tragen können, die Verantwortungen verwischen und

²³ Vgl. Grundzüge der Wirtschaftspolitik 2000, a. a. O. Ziff. 3.6.

²⁴ Vgl. OECD: The OECD Jobs Study, Mai 1994. Paris.

²⁵ Vgl. EUROPÄISCHE ZENTRALBANK: Entwicklung und Strukturmerkmale der Arbeitsmärkte im Euro-Währungsgebiet, in: Europäische Zentralbank, Monatsbericht Mai 2000, S. 61 ff.

²⁶ Dabei handelt es sich vor allem um die Themen: Einschränkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Flexibilisierung der Kündigungsvorschriften und demographische Komponente in der Rentenformel. Die Beschränkung befristeter Arbeitsverhältnisse sowie die beabsichtigte Teilzeitpflicht oder die Erweiterung der Mitbestimmung sind weitere Themen in diesem Zusammenhang.

²⁷ Vorschlag für eine Entscheidung des Rates über die Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten im Jahr 2001, vorgelegt von der Kommission, ohne Datum.

²⁸ Vgl. auch SCHNEIDER, H. u. a.: Die Effizienz der Arbeitsmarktpolitik in den neuen Bundesländern, in: IWH-Sonderheft 3/2000, sowie SCHATZ, K. W.: Europäische Beschäftigungspolitik, Existiert Handlungsbedarf?, noch unveröffentlichtes Manuskript, 1999.

die Bereitschaft von Regierungen, Unternehmen und Gewerkschaften in den Mitgliedsländern mindern, auf die Herausforderungen der Zeit aus eigener Initiative zu reagieren.

Ein Fehler in der Koordinierungspolitik ist auch die Vorgabe quantitativer Zielsetzungen, wie sie für spezifische Problemgruppen erstmals beim Europäischen Sonderrat in Luxemburg (1997)²⁹ formuliert wurden und sich seitdem durch die beschäftigungspolitischen Leitlinien ziehen. Sie werden den spezifischen Problemlagen in den jeweiligen Mitgliedstaaten nicht gerecht. Sie erwecken den Eindruck und die Erwartung, der Staat sei in der Lage, die Probleme zu lösen. Sie verleiten zu Fehlanpassungen am Arbeitsmarkt und mindern die Verantwortung von Gewerkschaften und Unternehmen, die Funktionsstörungen am Arbeitsmarkt, die in ihre Verantwortung fallen, zu mindern.

Problematisch ist schließlich auch die Vorgabe eines qualitativen Wachstumspfades, wie es beim Europäischen Sonderrat in Lissabon (2000)³⁰ geschah, und wie es sich jetzt in den Berichten wiederfindet. Gefordert wird der Übergang zu einer (allerdings nicht näher definierten) wissensbasierten Wirtschaft und Gesellschaft. Auch hier wird Erwartungsdruck erzeugt – allerdings nicht in Richtung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen, sondern in Richtung interventionistischer Industriepolitik und aller damit verbundenen wettbewerbs- und ordnungspolitischen Problematik.

Eine neue Entschließung für mehr Wachstum, Flexibilität und marktwirtschaftliche Anpassung

Der Europäische Rat hat keine Entscheidungs- und Handlungskompetenz, aber eine Leitlinienkompetenz. Seine Möglichkeiten sind deshalb zwar begrenzt. Aber doch gilt, dass das Wort der Staats- und Regierungschefs Gewicht hat. Wünschenswert wäre es deshalb, dass der Europäische Rat z. B. mit einer Entschließung zum Wachstum und zur Beschäftigung (ganz nach dem Muster der entsprechenden Entschließung der Europäischen Rates von Amsterdam vom Jahre 1997³¹) seinen

²⁹ Vgl. a. a. O.

³⁰ Vgl. Europäischer Rat (Lissabon), 23. und 24. März 2000, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Ziff. I.5.

³¹ Vgl. Entschließung des Europäischen Rates über Wachstum und Beschäftigung; Amsterdam 16. Juni 1997, im Internet unter http://ue.eu.int/emu/policy_de/3/main1.htm.

Reformwillen bekundete. Dabei käme es darauf an, nicht nur klare wirtschaftspolitischen Prinzipien der Flexibilität und der marktwirtschaftlichen Anpassung zu beschreiben, sondern auch darauf, unbeschadet der vertraglichen Bestimmungen Regeln für eine straffe Koordinierung anzumahnen – z. B. indem die Grundzüge der Wirtschaftspolitik wieder in den Mittelpunkt der Koordinierung gestellt werden.³² Eine solche Entschließung würde zwar die wirtschaftspolitische Problemlage nicht von heute auf morgen umkehren. Wichtig aber wäre, dass ein solches Signal des politischen Willens der Staats- und Regierungschefs überhaupt ausgesendet würde, damit bei den Akteuren der Wille zur ökonomischen Reformen gestärkt würde. Jedenfalls besteht erheblicher Handlungsbedarf. Dabei geht es im Wesentlichen um wirtschaftspolitische Hausaufgaben. Eine ökonomisch erstarkte Union würde nicht nur dem Euro nützen. Sie erleichterte es auch, die Herausforderung der Osterweiterung zu bewältigen.

Klaus Büniger
Zentrum für europäische
Integrationsforschung, ZEI
(buenger@uni-bonn.de)

³² So wurde in der „Entschließung des Europäischen Rates über die wirtschaftspolitische Koordinierung in der dritten Stufe der WWU und zu den Artikeln 109 und 109b des Vertrages“ von Luxemburg (1997) noch unmissverständlich festgestellt, dass gemäß Vertrag der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister das zentrale Gremium für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten ist. Vgl. Europäischer Rat (Luxemburg), 12. und 13. Dezember 1997, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Anlage 1, Ziff. 6.

Diese klare Verantwortungszuweisung ist vor allem durch den Beschäftigungspakt von Köln, der den sog. Luxemburg-Prozess (koordinierte Beschäftigungsstrategie), den sog. Cardiff-Prozess (Strategie zur Verbesserung der Effizienz der Märkte) und den sog. Köln-Prozess (Makroökonomische Koordinierung und policy mix) verbindet, vermischt worden. Selbst die Kommission beklagt in ihrem „Cardiff-Report 2000“ fehlende Kohärenz und die Fülle von Berichten und fordert „streamlining and improving the (koordination-) process“ (vgl. Commission of the European Communities, Economic Reform: Report on the functioning of Community product and capital markets, (com (2000) 26 final)).

Moderate Produktions- und Beschäftigungseffekte steigender Rohölpreise

Eine Simulation mit dem makroökonomischen Modell des IWH

In der öffentlichen Diskussion wird vielfach argumentiert, dass die Entwicklung der Rohstoffpreise einen bedeutsamen Einfluss auf das wirtschaftliche Geschehen hat. Ein Anstieg der Rohstoffpreise verteuert die Produktion. Daneben wirken die Preissteigerungen dämpfend auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, sodass sich die konjunkturelle Dynamik abschwächt. Daher sind insgesamt Produktions- und Beschäftigungseinbußen zu befürchten.

Eine Gefährdung der wirtschaftlichen Entwicklung wird derzeit vor allem in den Rohölpreisen gesehen. Diese haben sich gegenüber dem Durchschnittspreis der vergangenen zwei Dekaden auf Dollarbasis gerechnet real um 50 % erhöht. Legt man die historisch niedrigen Preise Ende 1998 zugrunde, ergibt sich sogar eine Verdoppelung. Die tatsächliche Kostenbelastung in Deutschland ist noch deutlicher ausgeprägt, wenn die gleichzeitige Abwertung des Euro mit berücksichtigt wird. So hat der Euro gegenüber dem US-Dollar im letzten Jahr rund 20 % seines Wertes eingebüßt.

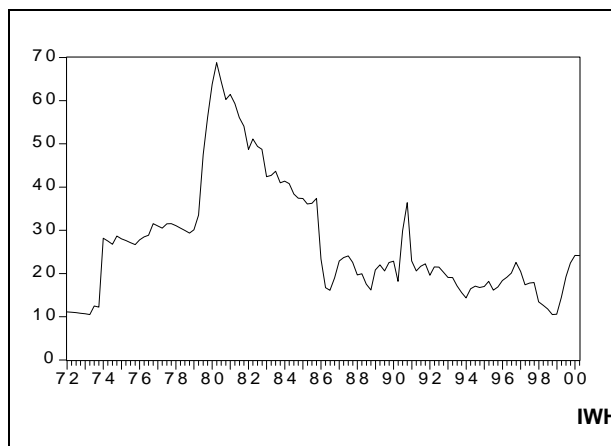
In diesem Beitrag wird überprüft, wie stark die Risiken des gegenwärtigen Anstiegs der Rohölpreise für die konjunkturelle Entwicklung einzuschätzen sind. Die auf der Basis von Simulationsrechnungen erzielten Ergebnisse für Deutschland weisen darauf hin, dass Einbußen von maximal 0,4 Prozentpunkten in der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts zu erwarten sind, die im ungünstigsten Fall mit einem Anstieg der Arbeitslosenquote um knapp 0,5 Prozentpunkte einhergehen. Die Inflation dürfte sich um ungefähr einen halben Prozentpunkt beschleunigen, wenn man die Preise für die Lebenshaltung ausgeht. Die Effekte sind geringer, sofern sich die Verteuerung der Energiepreise rasch zurückbildet. In allen diskutierten Fällen bleiben die mutmaßlichen gesamtwirtschaftlichen Wirkungen moderat, wenn man als Maßstab die früheren Ölkrisen der siebziger Jahre zugrunde legt.

Historische Entwicklung der Rohölpreise

Die zwei Ölkrisen in den siebziger Jahren haben beide zu einer anhaltenden rezessiven Entwicklung in den Industrieländern geführt, die von

beachtlichen Produktionseinbußen begleitet war. Zum Beispiel war das kumulierte reale Wachstum des Bruttoinlandsprodukts nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank jeweils um rund 4 Prozentpunkte geringer, als es ohne die Ölverteuerung gewesen wäre.³³ Dabei sind die Ölkrisen durch eine kontraktive Geldpolitik verstärkt worden. Die Zinserhöhungen waren die Antwort auf inflatorische Effekte, die von einer expansiven Lohnpolitik im Gefolge der Ölpreiserhöhungen ausgingen. Diesmal scheint die Lage jedoch grundsätzlich anders zu sein, denn zumindest die Gefahr einer Lohnreaktion ist durch die derzeit geltenden Tariflaufzeiten zunächst ausgeschlossen. Um einen Anhaltspunkt zur Beurteilung der gegenwärtigen Situation zu erhalten, wird in folgender Abbildung die historische Entwicklung der realen Rohölpreise in US-Dollar pro Barrel dargestellt.

Abbildung:
Entwicklung der realen Rohölpreise je Barrel
1972.1 bis 2000.2
- in US-Dollar -



Quelle: Internationale Energie Agentur (IEA), Monthly Bulletin, OECD, Main Economic Indicators, Berechnungen des IWH. Deflator ist der Preisindex des Bruttoinlandsprodukts der USA, 1995 = 100.

Auf die beiden früheren Ölkrisen folgte ein drastischer Preisverfall in der ersten Hälfte der achtzi-

³³ Vgl. auch DEUTSCHE BUNDESBANK: Der Einfluss des zweiten Ölpreisschocks auf die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, April 1981, S. 13-17.

ger Jahre. Seitdem hat sich der Barrelpreis meist um ein mittleres Niveau von real knapp 20 US-Dollar bewegt. Eine Ausnahme zeigt sich lediglich zu Beginn der neunziger Jahre, wo der Preis im Zuge der Kuwait-Krise kurzfristig deutlich gestiegen war. Gemessen an den historisch niedrigen Ölpreisen von 1998 hat sich der reale Preis am aktuellen Rand mehr als verdoppelt. Die tatsächliche Kostenbelastung für die Haushalte und Unternehmen in Deutschland ist allerdings noch größer, wenn die in diesem Zeitraum eingetretene Wertminderung des Euro gegenüber dem US-Dollar um etwa 20 % mit berücksichtigt wird. Damit reichen die heutigen Preissteigerungen prozentual durchaus an die beiden früheren Ölschocks heran.

Gleichwohl dürfte das Risiko geringer sein, das von den aktuellen Preissteigerungen für die wirtschaftliche Entwicklung ausgeht. So sind Lohn- und Zinserhöhungen bisher ausgeblieben. Außerdem ist die gegenwärtige Ölkrise im Unterschied zu den früheren Schocks keine Verfügbarkeitskrise; es gibt keinen Lieferboykott der erdölproduzierenden Staaten.

Schließlich hat sich die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft vom Rohöl im Zeitablauf erheblich reduziert. So ist sowohl die Bedeutung von Öl als Produktionsfaktor als auch der private Ölverbrauch relativ zurückgegangen, was sich etwa am Mineralölverbrauch gemessen am realen Bruttoinlandsprodukt ablesen lässt. Die Relation ist seit den früheren Krisen um etwa die Hälfte gesunken.³⁴ Diese Entwicklung dürfte auf die Substitution von Rohöl durch andere Energieträger, auf Maßnahmen zur Energieeinsparung und auf den allgemeinen strukturellen Wandel zurückzuführen sein, der das Gewicht der Industrie vermindert hat.

Gesamtwirtschaftliche Wirkungen steigender Rohölpreise

Bei einer Erhöhung der Ölpreise sind Angebots- und Nachfragewirkungen in Rechnung zu

³⁴ Vgl. ARBEITSGEMEINSCHAFT ENERGIEBILANZEN UND SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG: Jahresgutachten 1999/2000, Tabelle 64. – Vgl. auch ARBEITSGEMEINSCHAFT DEUTSCHER WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHER FORSCHUNGSPRÄSIDIUM E.V.: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2000, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 14/2000, Tabelle 3.1, S. 413.

stellen. Auf der Angebotsseite verteuert der Preisanstieg die Güterproduktion, weil die Kosten importierter Vorleistungen steigen. Die damit einhergehende Kompression der Gewinne dämpft die Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Nachfrageseitig führen die Preissteigerungen zu einem Kaufkraftentzug, der eine schwächere konjunkturelle Dynamik im In- und Ausland nach sich zieht. Die tendenziell zurückgehende Produktion ist mit einem geringeren Niveau der Beschäftigung verbunden.

Als Folge der Ölverteuerung besteht die Gefahr zu hoher Lohnabschlüsse, mit denen der Kaufkraftverlust auf Arbeitnehmerseite zulasten anderer Akteure aufgefangen werden soll. Damit droht eine Lohn-Preis-Spirale, die eine restriktive Geldpolitik auslösen kann und die kontraktiven Effekte der Ölpreissteigerungen noch verstärkt.

Insgesamt sind also bei einer Erhöhung der Rohölpreise Produktions- und Beschäftigungseinbußen zu erwarten. Die mutmaßlichen quantitativen Effekte können auf der Basis eines makroökonomischen Modells durch Simulation abgeschätzt werden. Daraus lässt sich eine Aussage ableiten, ob und inwieweit die jüngsten Anhebungen der Ölpreise die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland beeinflussen.

Annahmen der Simulation

Die mutmaßlichen Effekte einer Erhöhung der Rohölpreise werden auf der Grundlage eines makroökonomischen Modells für Deutschland simuliert, das mit saisonbereinigten Quartalsdaten im Stützzeitraum von 1979.1 bis 2000.2 geschätzt ist. Dabei werden drei Szenarien unterschieden.

In der Basisrechnung (Szenario A) werden die nominalen Ölpreise auf dem Stand von Ende 1999, also auf 24 US-Dollar pro Barrel eingefroren. Daraus resultiert die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, die sich ohne die jüngsten Preiserhöhungen ergeben hätte. Die Referenzlösung (Status quo) wird mit zwei Alternativszenarien verglichen, die unterschiedliche Annahmen hinsichtlich der weiteren Ölpreisentwicklung setzen.

In der ersten Variante (Szenario B) steigen die Rohölpreise im Laufe des Jahres 2000 bis auf ein Niveau von 35 US-Dollar. Die Erhöhung ist jedoch nur transitorisch und wird im darauf folgenden Jahr allmählich wieder zurückgenommen, sodass sich Ende 2001 der Barrelpreis im Status quo er-

gibt. Dagegen ist der Preisanstieg in der zweiten Alternative (Szenario C) dauerhaft. Hier wird auch nach 2000 an einem Barrelpreis von 35 US-Dollar festgehalten. Die konkreten Annahmen über die Entwicklung der nominalen Rohölpreise in den drei Szenarien sind in Tabelle 1 zusammengefasst.

Sofern sich der Ölpreisschock als permanent erweist, sind vergleichsweise höhere Risiken für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu erwarten. Diese bestehen allerdings nicht nur im Inland. Sie können sich auch in einer nachlassenden Dynamik der Auslandskonjunktur manifestieren, die tendenziell die Exportnachfrage reduzieren dürfte. Entsprechend wird unter den Bedingungen von Szenario C zusätzlich eine geringere Expansion des Welthandels ab 2001 angenommen, die um 0,5 Prozentpunkte unter dem Referenzszenario liegt.³⁵

Tabelle 1:
Entwicklung der Rohölpreise in den drei Szenarien nach Quartalen
- in US-Dollar je Barrel -

	2000				2001			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
A	24	24	24	24	24	24	24	24
B	24	26	30	35	31	27	25	24
C	24	26	30	35	35	35	35	35

Für die Szenarien werden im Jahr 2002 die Werte der im vierten Quartal 2001 erreichten Preise fortgeschrieben.

Daneben unterstellen die Berechnungen einen konstanten realen Wechselkurs. Es wird davon ausgegangen, dass die Steigerung der Rohölpreise nicht ursächlich für die nominale und reale Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar ist. Bisher lassen sich empirisch keine Belege für einen solchen Zusammenhang finden.

Schließlich ist die Lohnentwicklung für die Jahre 2000 und 2001 in allen Szenarien identisch. Gegenwärtig sind bereits Tarifverträge mit einer Laufzeit bis 2001 vereinbart, sodass die Löhne zunächst nicht auf die Ölverteuerung reagieren können.

³⁵ Der tatsächliche Effekt auf den Welthandel kann von dieser Annahme abweichen. Die Exportnachfrage expandiert bei schwächerem Welthandel weniger stark, sodass auch die Simulationsergebnisse beeinflusst werden. Im Modell wird von einer langfristigen Elastizität der Exporte in Bezug auf den Welthandel von etwa 0,7 ausgegangen.

nen. Erst nach diesem Zeitpunkt wird eine Anpassung möglich, die auf der Grundlage des Modells berechnet wird. Darin werden die Tariflöhne durch die Konsumentenpreise und die Arbeitsproduktivität erklärt. Daneben hat die Arbeitslosenquote einen kurzfristig dämpfenden Einfluss auf die Lohnentwicklung.

Simulationsergebnisse

Um die Produktions- und Beschäftigungseffekte höherer Ölpreise abzuschätzen, werden die beiden Alternativszenarien relativ zur Basislösung untersucht. Dargestellt werden also die Änderungen, die sich infolge der Ölverteuerung ergeben. Die Betrachtung umfasst die Aggregateffekte, mögliche strukturelle Verschiebungen innerhalb der einzelnen Branchen bleiben dagegen unberücksichtigt. Die Simulation erfolgt im Zeitraum von 2000.1 bis 2002.4, was in etwa der Dauer der Ölkrisen der siebziger Jahre entspricht. Tabelle 2 berichtet die Ergebnisse für einige Lohn- und Preisvariablen.

Tabelle 2:
Nominale Wirkungen höherer Rohölpreise im Vergleich zur Basislösung

Temporärer Ölpreisanstieg (Alternative B)

	2000	2001	2002
Tariflöhne	0.0	0.0	0.0
Rohstoffpreise	11.9	0.5	-5.3
Importpreise	0.9	1.1	-1.3
Konsumentenpreise	0.1	0.2	-0.1

Dauerhafter Ölpreisanstieg (Alternative C)

	2000	2001	2002
Tariflöhne	0.0	0.0	0.1
Rohstoffpreise	11.9	17.4	7.3
Importpreise	0.9	2.8	1.0
Konsumentenpreise	0.1	0.5	0.3

Änderungen der Inflationsraten in Prozentpunkten relativ zum Status quo.
Quelle: Berechnungen des IWH.

Höhere Ölpreise führen unmittelbar zu einem Anziehen der Inflation. Dies zeigt sich zuerst bei den Rohstoffpreisen. Zeitlich verzögert passen sich auch die Import- und Konsumentenpreise an, deren

Anstieg jedoch weit weniger stark ausfällt. Zum Beispiel ergibt sich unter den Bedingungen dauerhaft höherer Ölpreise eine Inflationszunahme von etwa einem halben Prozentpunkt, wenn man die Konsumentenpreise zugrunde legt. Darüber hinaus zeigt die Simulation im Vergleich zur Basislösung ein leicht höheres Wachstum der Tariflöhne, wenn der Preisschock von Dauer ist. Das Modell geht dann davon aus, dass es den Arbeitnehmern im Analysezeitraum gelingt, einen geringen Teil der Belastungen von sich abzuwälzen.³⁶

Die Ölverteuerung hat allerdings nicht nur nominale, sondern auch realwirtschaftliche Wirkungen, die im Simulationsmodell vor allem auf dem Nachfrageentzug infolge der Preissteigerungen beruhen. Die realen Effekte sind für ausgewählte Variablen in Tabelle 3 dargestellt.

Tabelle 3:
Reale Wirkungen steigender Rohölpreise im Vergleich zur Basislösung

Temporärer Ölpreisanstieg (Alternative B)

	2000	2001	2002
Konsum	-0.1	-0.3	0.2
Exporte	0.0	0.0	0.0
Importe	-0.1	-0.4	0.2
Bruttoinlandsprodukt	-0.1	-0.2	0.2
Arbeitslosigkeit	0.0	0.2	0.1

Dauerhafter Ölpreisanstieg (Alternative C)

	2000	2001	2002
Konsum	-0.1	-0.7	-0.6
Exporte	0.0	-0.2	-0.2
Importe	-0.1	-0.8	-0.8
Bruttoinlandsprodukt	-0.1	-0.4	-0.2
Arbeitslosigkeit	0.0	0.3	0.4

Änderungen der Wachstumsraten in Prozentpunkten relativ zum Status quo. Arbeitslosigkeit = Differenz der Arbeitslosenquoten zwischen Alternativ- und Basislösung in Prozentpunkten.

Quelle: Berechnungen des IWH.

Steigende Rohölpreise führen erwartungsgemäß zu einer nachlassenden konjunkturellen Dynamik. Die Effekte sind jedoch relativ moderat.³⁷ Dies gilt vor allem für einen nur temporären Anstieg der Ölpreise, dessen kontraktive Wirkungen am Ende der Simulationsperiode praktisch überwunden sind.

Dagegen sind die Wirkungen persistenter, wenn eine dauerhafte Preisanhebung unterstellt wird. Bei permanent hohen Ölpreisen schwächt sich das Wachstum des privaten Verbrauchs um rund einen halben Prozentpunkt ab, während die Steigerungsrate der Exporte infolge eines langsamer expandierenden Welthandels um 0,2 Prozentpunkte hinter den Wert der Basislösung zurückfällt. Gleichzeitig geht jedoch auch die Nachfrage nach Importgütern zurück, sodass sich das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in der Spitze um bis zu 0,4 Punkte verlangsamt. Der über den gesamten Simulationszeitraum berechnete kumulierte Effekt dürfte ungefähr bei einem Dreiviertelprozentpunkt liegen. Schließlich ist mit einer Zunahme der Arbeitslosenquote um knapp einen halben Prozentpunkt zu rechnen.

Fazit

Bei steigenden Rohölpreisen sind Wachstumseinbußen zu erwarten, die von einem Anstieg der Inflation begleitet werden. Die Stärke der kontraktiven Effekte hängt wesentlich von der Dauer der Phase hoher Ölpreise ab. Während die stagflatorischen Wirkungen relativ rasch überwunden sind, wenn die Ölverteuerung nur temporär ist, zeigen sich höhere Wachstumseinbußen, sofern sich der Preisanstieg als permanent erweist. Insgesamt bleiben die Effekte jedoch moderat und betragen unter den gemachten Annahmen in der Spitze 0,4 Prozentpunkte der jährlichen Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts.

*Christian Dreger
cdr@iwh-halle.de*

³⁶ Da sich die Belastungen höherer Ölpreise in der Simulationsperiode entsprechend der Modellergebnisse kaum in höheren Löhnen niederschlagen, werden mögliche Zinssteigerungen nicht betrachtet.

³⁷ Zu einer ähnlichen Einschätzung gelangen zum Beispiel NIERHAUS, W.; MEISTER, W.: Deutschland: Droht eine neue Ölkrise?, in: ifo Schnelldienst, Heft 26-27, 2000, S. 23-28. – Vgl. auch OXFORD ECONOMIC FORECASTING: World Economic Prospects. Monthly Review, September 2000.

Branchenskizze: Ostdeutsche Holzindustrie (ohne Möbelproduktion)

Die Holzindustrie (ohne Möbelproduktion) gehört zu den relativ kleinen, aber wachstumsstarken Industriebranchen in Ostdeutschland. Ihre Entwicklung ist seit 1990 vor allem mit der Bau- und Modernisierungstätigkeit der Unternehmen und privaten Haushalte in den neuen Ländern verknüpft. Die Produktion stieg, von einem relativ niedrigen Niveau 1991 ausgehend, besonders kräftig bis 1995 an. Danach schwächte sich das Produktionswachstum zwar ab, übertraf aber weiterhin das des gesamten Verarbeitenden Gewerbes. Dämpfende Einflüsse, die seit 1996 von der geringeren inländischen Bau-Nachfrage ausgingen, konnten zum Teil durch verstärkte Auslandslieferungen (vgl. Tabelle) wettgemacht werden. Die Exportquote ist seitdem sogar höher als in Westdeutschland (1999: 19,4 % gegenüber 12,6 %). Ein Hauptproblem, das die wirtschaftliche Tätigkeit der Unternehmen belastet, dürfte nach den Daten, die bis 1997 vorliegen, die unzureichende Ertragslage sein.

Der Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft und die Währungsunion stellten die meisten Unternehmen der Holzindustrie zu Beginn der 90er Jahre vor eine völlig veränderte Situation. Viele Erzeugnisse wurden nicht mehr nachgefragt. Langjährige Liefer- und Leistungsbeziehungen, z. B. zur heimischen Möbelindustrie, brachen weitgehend zusammen. Der Zusammenbruch der ehemaligen Sowjetunion verschärfte die Absatz- und Liquiditätsprobleme. Drastische Produktionseinschränkungen und ein kräftiger Personalabbau wurden unumgänglich. So wurden allein im Jahr 1990 28,5 % weniger Schnittholz und rund 41 % weniger Furniere gegenüber 1989 produziert. Die Rückgänge setzten sich bis 1992 und zum Teil darüber hinaus fort.³⁸ Im Rahmen der Privatisierung wurde durch die Treuhandanstalt ein Drittel der Unternehmen (167 von 498) liquidiert. Vom „Anspringen“ des Baubooms profitierten relativ frühzeitig nur die Produzenten von Konstruktionsteilen, Fertigbauteilen, Ausbauelementen und Fertigteilbauten. Die Produktion expandierte in

diesen Sparten von 1991 bis 1995 um rund das Dreifache, während sie in der gesamten Holzindustrie „nur“ um das 1,4fache zunahm. Danach, als die Bauinvestitionen schrumpften, erlahmte allerdings auch das Wachstum in diesen Sparten deutlich; der Produktionszuwachs betrug von 1996 bis 1999 noch rund ein Drittel. Vom Rückgang der Bau-Nachfrage in Ostdeutschland waren auch die Unternehmen der übrigen Sparten der Holzindustrie betroffen, jedoch nicht im gleichen Maße. Die Produktions- und Umsatzstrukturen unterscheiden sich dadurch kaum noch von der westdeutschen Holzindustrie. Mit über 40 % Anteil am Umsatz haben – in Ost- wie in Westdeutschland – die Produzenten von Konstruktionsteilen, Fertigbauteilen, Ausbauelementen und Fertigteilbauten den höchsten Anteil am jeweiligen Gesamtumsatz der Holzindustrie. In Westdeutschland haben lediglich die Produzenten diverser (zumeist kleinerer) Holzartikel für private Haushalte und von Kork-, Flecht- und Korbwaren ein bedeutend höheres Gewicht (8,4 % Umsatzanteil 1999 gegenüber 2,9 % der ostdeutschen Unternehmen).

Die Restrukturierung der Unternehmen ist inzwischen weit vorangekommen. So haben sie zu einem erheblichen Teil ihre Anlagen erneuert, wofür von 1991 bis 1999 ca. 3,1 bis 3,3 Mrd. DM – das ist pro Beschäftigten beinahe doppelt so viel wie in Westdeutschland – investiert worden sind. Die Beschäftigung hat sich, unter Einbeziehung der kleineren Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigte, nach einer (erneuten) Anpassungsphase 1996 und 1997 an die geringere Nachfrage, wieder ausgeweitet. Ende 1999 belief sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf 23.060 und war damit um 1.200 bzw. 5,5 % höher gegenüber Ende 1997. Die Arbeitsproduktivität, gemessen an der Bruttowertschöpfung pro Beschäftigten, dürfte sich im Schnitt auf etwa 75 bis 80 % des Niveaus in den Unternehmen in Westdeutschland belaufen. Produktiver (als die Unternehmen in Westdeutschland) arbeiten bereits die Furnier-, Sperrholz-, Holzfaserplatten- und Holzspanplattenwerke.

Siegfried Beer
(sbr@iwh-halle.de)

³⁸ Über das Ausmaß dieser Reduzierungen können wegen unterschiedlicher Erfassungsgrenzen der Unternehmen durch die amtliche Statistik keine Angaben gemacht werden.

Tabelle:

Die ostdeutsche Holzindustrie (ohne Möbelproduktion)^a 1995 bis 1999^b in amtlichen Daten

		ME	1995	1996	1997	1998	1999	
I.	Ausgewählte Kenndaten							
1.	Betriebe	Anzahl	267	267	279	288	294	
2.	Beschäftigte ^c	1.000 Pers.	12,5	12,9	13,8	14,3	15,0	
3.	Produktionsindex (1995=100)	%	100,0	113,1	122,2	147,7	166,5	
4.	Umsatz insgesamt ^d	Mio. DM	2.206	2.496	3.000	3.335	3.803	
4.1.	Inlandsumsatz ^d	Mio. DM	2.035	2.244	2.616	2.823	3.066	
4.2.	Auslandsumsatz ^d	Mio. DM	171	251	384	511	737	
	<i>Exportquote</i>	%	7,7	10,1	12,8	15,3	19,4	
5.	Bruttowertschöpfung ^{e*}	Mio. DM	680	687	808	.	.	
	<i>Vorleistungsquote*</i>	%	66,0	67,2	70,9	.	.	
6.	Bruttoanlageinvestitionen	Mio. DM	335	342	356	350	.	
II.	Produktionssparten mit hohen Umsatzanteilen (Umsatz insgesamt = 100)							
	Konstruktionsteile, Fertigbauteile, Ausbauelemente und Fertigteilmbauten aus Holz	%	53,9	50,7	49,7	44,0	42,6	
	Säge-, Hobel- und Holzimprägnierwerke	%	20,8	20,0	20,1	23,7	26,7	
	Furnier-, Sperrholz-, Holzfaserplatten- und Holzspanplattenwerke	%	18,6	22,5	23,6	26,1	25,0	
III.	Anteile der Branche am Verarbeitenden Gewerbe^f Ostdeutschlands:							
	Beschäftigte	%	2,1	2,3	2,5	2,5	2,6	
	Umsatz	%	1,8	2,0	2,2	2,2	2,3	
	Auslandsumsatz	%	1,2	1,6	1,8	1,8	2,4	
	Bruttowertschöpfung ^{e*}	%	2,0	2,0	2,1	.	.	
	Bruttoanlageinvestitionen	%	2,2	2,3	2,5	2,6	.	
IV.	Ausgewählte Ost/West-Vergleichsdaten:							
1.	Arbeitsproduktivität ^{g*}	O	1.000 DM	59,9	58,9	64,3	.	.
		W	1.000 DM	88,1	86,3	87,9	.	.
2.	Anteil der Kosten am Bruttoproduktionswert ^{d*}	O	%	101,7	102,4	102,9	.	.
		W	%	95,7	99,0	98,3	.	.
3.	Lohnstückkosten ^{h*}	O	%	57,6	60,7	58,2	.	.
		W	%	59,6	61,6	.	.	.
4.	Löhne und Gehälter je Beschäftigten	O	1.000 DM	34,9	36,0	37,5	38,1	39,0
		W	1.000 DM	52,8	53,6	54,3	54,9	55,5
5.	Bruttoanlageinvestitionen je Beschäftigten ⁱ	O	1.000 DM	27,3	27,3	26,3	25,1	.
		W	1.000 DM	13,5	11,3	10,7	11,6	.

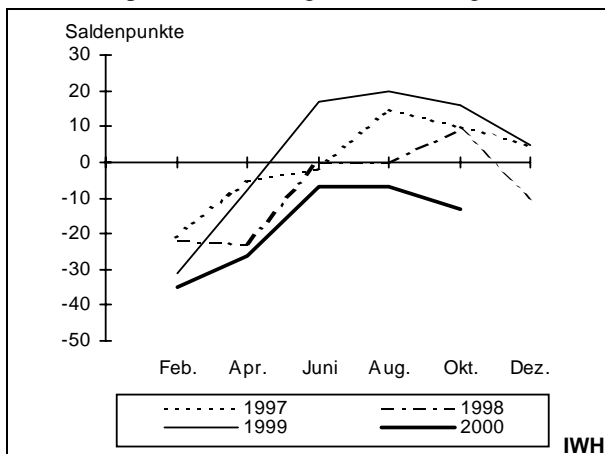
^a Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93); Betriebe von Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr, außer: * Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr. – ^b Ab 1997 erweiterter Berichtskreis (Ergebnis der Handwerkszählung 1995). – ^c Einschließlich tätiger Inhaber und mithelfender Familienangehöriger. – ^d Ohne Umsatzsteuer. – ^e Unbereinigt, in jeweiligen Preisen. – ^f Ohne Verlagsgewerbe und ohne Recyclinggewerbe. – ^g Bruttowertschöpfung (unbereinigt), in jeweiligen Preisen, je Beschäftigten. – ^h Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in Relation zur Bruttowertschöpfung (unbereinigt), in jeweiligen Preisen. – ⁱ Beschäftigtenzahl: September des jeweiligen Jahres.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Ostdeutsches Baugewerbe von Tief zu Tief

Laut IWH-Umfrage unter mehr als 300 ostdeutschen Bauunternehmen bleibt das Geschäftsklima im Oktober 2000 ungebrochen schlecht. Erstmals seit Beginn der Befragung im Jahr 1993 werden sowohl das aktuelle Baugeschäft als auch die Aussichten das gesamte Jahr über vorwiegend pessimistisch beurteilt. Die Geschäftslage unterschreitet per saldo um nahezu 30 Punkte ihr Vorjahresniveau und liefert damit den niedrigsten Herbstwert seit 1993. Nur 43 % der Befragten schätzen die aktuelle Geschäftslage mit „gut“ oder „eher gut“ ein. 45 % der Unternehmen stufen das aktuelle Baugeschäft mit „eher schlecht“ und 12 % sogar mit ausgesprochen „schlecht“ ein.

Abbildung 1:
Entwicklung der Geschäftslage im ostdeutschen Baugewerbe
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



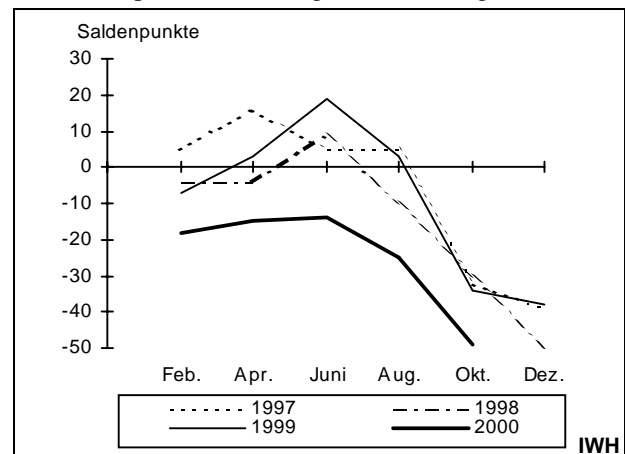
Quelle: IWH-Bauumfragen.

Maßgeblich für den einschneidenden Stimmungsschwung gegenüber dem Vorjahr ist, dass die starken Rückgänge im Wohnungsbau anhalten und die Nachfrage im Straßen- und öffentlichen Hochbau als auch gewerblichen Tiefbau, die im Vorjahr noch stabilisierend gewirkt hatte, nun ebenfalls markant schwächer läuft. Stützende Impulse gegenüber dem Vorjahr gehen laut Auftragseingangsmeldungen derzeit nur vom sonstigen öffentlichen Tiefbau (z. B. Wasserver- und -entsorgung) aus, der aber nur etwa ein Zehntel der Gesamtnachfrage des Bauhauptgewerbes absorbiert. Darüber hinaus bleiben die Wertungen zur Geschäftslage im Ausbaugewerbe laut IWH-Umfrage unter Vorjahresniveau.

Bei Ausschaltung der Saisoneinflüsse geben die Auftragseingänge vom Juli und August Anlass zu

– allerdings geringfügigen – Hoffnungen auf eine Beruhigung der Lage im gewerblichen Bau als auch im Straßenbau und im öffentlichen Hochbau. Das könnte einer der Gründe dafür sein, dass mit 15 Punkten die Abweichung vom Vorjahreswert bei den Geschäftsaussichten per saldo etwas schwächer ausfällt als bei der Geschäftslage. Vor diesem Hintergrund bewerten wohl auch die Tiefbauunternehmen ihre Aussichten um nur 7 Punkte schlechter als im Vorjahr, während der Hochbaubereich wegen der gravierenden Probleme im Wohnungsbau den Vorjahreswert um 24 Punkte unterschreitet und mit 81% pessimistischer Stimmen ein Rekordtief erreicht. Im Ausbaugewerbe

Abbildung 2:
Entwicklung der Geschäftsaussichten im ostdeutschen Baugewerbe
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



Quelle: IWH-Bauumfragen.

werden die Aussichten zwar ebenfalls überwiegend negativ bewertet, der Saldo vom Vorjahr wird aber mit 9 Punkten „nur“ moderat unterschritten.

Alles in allem zeigen die Umfrageergebnisse, dass das ostdeutsche Baugewerbe im laufenden Jahr einem besonders starken Einbruch unterliegt, der maßgeblich vom Wohnungsbau kommt und mit einer schwächelnden Nachfrage im gewerblichen und öffentlichen Bau einhergeht. Die Geschäftserwartungen, die in das nächste Jahr hineinreichen, nähren gewisse Hoffnungen, dass sich der Abwärtstrend im kommenden Jahr etwas abschwächt. Allerdings dürfte die Lage im Wohnungsbau sehr kritisch bleiben.

Brigitte Loose
(blo@iwh-halle.de)

Tabelle :

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfrage im ostdeutschen Baugewerbe – Oktober 2000

- Vergleich zum Vorjahreszeitraum und zur Vorperiode -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Okt 99	Aug 00	Okt 00	Okt 99	Aug 00	Okt 00	Okt 99	Aug 00	Okt 00	Okt 99	Aug 00	Okt 00	Okt 99	Aug 00	Okt 00
	- in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe ^a -														
Geschäftslage															
Baugewerbe insgesamt	18	13	14	40	34	29	34	43	45	8	10	12	16	-7	-13
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe	16	12	12	40	31	27	36	46	50	7	11	11	13	-14	-23
darunter ^b															
Hochbau	18	13	12	39	30	27	36	44	45	7	13	16	14	-14	-22
Tiefbau	13	7	12	43	35	26	36	50	58	7	8	4	13	-15	-25
Ausbaugewerbe	22	17	20	41	39	37	29	35	34	8	9	9	26	12	14
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	24	21	18	45	30	27	22	37	42	8	12	14	39	3	-12
20 bis 249 Beschäftigte	19	14	15	39	34	30	33	43	43	8	9	12	17	-5	-8
250 und mehr Beschäftigte	6	0	0	44	39	25	44	46	67	6	15	8	0	-23	-50
Statusgruppen															
Bauindustrie															
Privatisierte															
Unternehmen	12	8	7	36	32	29	43	47	56	10	13	8	-5	-20	-28
Neugründungen	20	4	17	45	46	26	30	40	51	4	10	6	31	0	-13
Bauhandwerk	27	24	20	41	29	30	27	39	36	6	8	14	35	7	0
Geschäftsaussichten															
Baugewerbe insgesamt	6	7	6	27	30	19	57	50	55	10	13	19	-34	-25	-49
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe	6	12	5	25	31	17	60	46	58	10	11	20	-39	-32	-56
darunter ^b															
Hochbau	5	8	4	26	24	15	60	52	56	8	16	25	-37	-36	-61
Tiefbau	7	3	6	22	35	20	58	50	64	12	12	10	-41	-24	-48
Ausbaugewerbe	7	10	8	32	36	26	53	44	50	9	9	15	-23	-7	-32
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	11	11	7	33	30	16	43	44	53	13	15	24	-13	-17	-54
20 bis 249 Beschäftigte	6	8	7	27	29	19	58	50	55	10	13	20	-35	-27	-48
250 und mehr Beschäftigte	5	0	0	17	42	33	72	50	58	6	8	8	-56	-17	-33
Statusgruppen															
Bauindustrie															
Privatisierte															
Unternehmen	3	2	2	26	33	18	60	56	66	10	9	14	-41	-30	-59
Neugründungen	7	4	10	33	41	24	49	49	55	10	6	11	-19	-11	-32
Bauhandwerk	10	16	6	23	27	17	59	38	53	7	19	24	-33	-14	-54

^a Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet. – ^b Hoch- und Tiefbau werden als Darunterposition ausgewiesen, da ein Teil der an der Umfrage beteiligten Unternehmen keiner dieser Sparten eindeutig zugeordnet werden kann.

Quelle: IWH-Baumfragen.